



Dr. Aschot Manutscharjan, aus Armenien stammend und jetzt in Berlin ansässig, ist Politikwissenschaftler und Journalist. Von 1993 bis 2000 nahm er einen Lehrauftrag für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn wahr. Er ist durch zahlreiche Veröffentlichungen vor allem über Russland, die Kaukasus-Region und Zentralasien hervorgetreten. Ein Schwerpunkt seiner Forschungen liegt im Bereich internationale Sicherheitspolitik.

## **DIE STRATEGIE DER NATIONALEN SICHERHEIT RUSSLANDS BIS 2020**

*Aschot Manutscharjan*

Ungeachtet aller Spekulationen kann ausgeschlossen werden, dass Präsident Dmitrij Medwedew eine andere Außen- und Sicherheitspolitik als sein Amtsvorgänger Wladimir Putin führen wird. So blieben nicht nur Außenminister Sergej Lawrow und Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow im Amt, sondern auch der persönliche außenpolitische Berater Putins, Sergej Prichodko.

Zwei Erlasse, die im Abstand von zehn Monaten veröffentlicht wurden, formulieren die Leitsätze der russischen Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Medwedew: Es handelt sich um die „Konzeption der Außenpolitik Russlands“ vom 12. Juli 2008 und um die „Strategie der nationalen Sicherheit Russlands bis 2020“ vom 12. Mai 2009. In beiden Positionspapieren werden die Bedrohungen und Gefahren für Russland beschrieben. Allerdings unterscheiden sie sich nicht nur in ihrer Tonalität, sondern auch in den Herausforderungen, vor die sich Russland gestellt sieht, und in der Erfordernis eines Feindbildes. Die beiden Erlasse trennt zudem die Erfahrung der globalen Finanzkrise, die die russische Volkswirtschaft stark in Mitleidenschat gezogen hat.

Um die sicherheitspolitischen Denkmuster und die Bedrohungsperzeption der russischen Regierung nachvollziehen zu können, soll im Folgenden der erste Erlass zur „Konzeption der Außenpolitik“ kurz vorgestellt werden.

## **„DIE KONZEPTION DER AUSSENPOLITIK“ VOM JULI 2008**

Präsident Medwedew unterzeichnete das Dokument in einer Zeit, als die hohen Preise für Energieträger und andere Rohstoffe dem russischen Staat hohe Einnahmen bescherten. Seinem Vorgänger Putin war es gelungen, mit Hilfe dieser Zuflüsse nicht nur die enormen Auslandsschulden abzutragen und den Staatshaushalt zu sanieren, sondern auch ein Finanzpolster anzulegen: am Ende betrug die nationalen Devisenreserven 560 Milliarden US-Dollar. Mit diesem Erbe im Rücken erklärte Präsident Medwedew selbstbewusst: „Russland ist stark und kann mehr Verantwortung bei der Lösung regionaler und globaler Probleme übernehmen“.<sup>1</sup> Er sagte weiter, die internationale Gemeinschaft erwarte, dass Russland nicht nur zuhören, sondern Entscheidungen treffe. Zugleich forderte der Staatschef das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten auf, Russlands neu gewonnene starke Position offensiver zu vertreten.<sup>2</sup>

In seiner ersten großen außen- und sicherheitspolitischen Rede am 15. Juli 2008 skizzierte Medwedew das Bild eines Staates, der seine nationalen Interessen mit aller Entschiedenheit wahren werde. Moskau habe sich vorgenommen, alle Versuche einzelner Länder oder von Staatengruppen abzuwehren, die zu ihrem eigenen Vorteil „das Völkerrecht umgehen und verletzen wollen“. Der Präsident meinte die USA und die NATO, ohne sie direkt namentlich zu erwähnen. Nachdrücklich kritisierte er die Kosovo-Politik des Westens, indem er die „völkerrechtswidrige Unabhängigkeit des Kosovo“ mit dem Irak-Krieg der USA verglich. Daneben versicherte er, seine Außenpolitik zielen auf eine Stärkung der Vereinten Nationen, insbesondere wolle er die Rolle des UN-Sicherheitsrats betonen. Die OSZE sollte nach dem Willen Moskaus ein neuer euro-atlantischer Vertrag ersetzen.

Zu den Aufgaben der russischen Außenpolitik gehöre ferner die Bekämpfung der neuen „ideologischen Angriffe“ auf sein Land, sagte Medwedew. Bei dem Versuch, die Geschichte umzuschreiben, gehe es einzig und allein darum, Russlands Vergangenheit und seine aktuelle Politik zu diffamieren. Ab-

**Zwei Dokumente, die „Konzeption der Außenpolitik Russlands“ von 2008 und die „Strategie der nationalen Sicherheit Russlands bis 2020“ von 2009, formulieren die Außen- und Sicherheitspolitik des heutigen Russland. Inhalt ist laut Präsident Medwedew der Kampf gegen jene neuen ideologischen Angriffe, die Vergangenheit und Gegenwart des Landes diffamiert. Bedroht fühlen sich die Russen durch die US-Raketenpläne in Ost-europa, aber auch durch die Weltwirtschaftskrise, die das Land völlig unvorbereitet traf. Und andere Aufgaben werden genannt. Neben Nationalismus und Separatismus, Extremismus, religiösem Radikalismus und Terrorismus ist die Rede von Korruption und organisierter Kriminalität, von Alkoholismus, Drogensucht und AIDS. Zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele will man vor allem im weiteren regionalen Umfeld – OVKS, GUS und EWG – kooperieren. Zum Westen bleibt das Verhältnis ambivalent: Zum einen kann Moskau die militärische Übermacht von USA und NATO nicht akzeptieren. Zum anderen sucht man eine erneute Konfrontation auf jeden Fall zu vermeiden.**

1 | Vystuplenie Prezidenta Rossii D.A. Medvedeva na soveščanii poslov (Die Rede des russischen Präsidenten D. A. Medwedew bei der Botschafterkonferenz). In: MID RF. In: [www.mid.brp-4.nsf/](http://www.mid.brp-4.nsf/)

2 | *Kommersant*, 16.07.2008.

gesehen davon setzte er eigene außenpolitische Akzente: Während sein Vorgänger Putin angekündigt hatte, Moskau werde auf die US-Raketenabwehrpläne in Osteuropa „asymmetrisch“ reagieren, will sein Nachfolger „adäquat“ antworten. Mit anderen Worten: Russland schloss nicht länger aus, gegen die Raketenanlagen auch mit militärischen Mitteln vorzugehen.

Die erste Verstimmung zwischen Medwedew und dem künftigen US-Präsidenten Barack Obama gab es am 5. November 2008 – also am Wahltag in den USA. Der russische Staatschef erklärte in seiner „Rede zur Lage der Nation“, zur „Neutralisierung“ der US-Raketenabwehrpläne in Osteuropa sehe er sich leider „gezwungen“, drei russische Regimente sowie den Raketenkomplex Iskander in Kaliningrad zu stationieren.<sup>3</sup> Anstatt einer Gratulation konfrontierte der Kreml den Neuen im Weißen Haus als Erstes mit dem Raketenabwehrproblem. Bereits im März 2008 hatte ein Vertreter des russischen Generalstabs die Stationierung der Raketen in Kaliningrad angedeutet. Daraufhin hatte das Verteidigungsministerium jedoch die Existenz dieser Pläne dementiert und eine Bewaffnung der Raketeinheiten mit dem System Iskander ausgeschlossen.<sup>4</sup>

Im „Konzept der Außenpolitik der Russländischen Föderation“ definierte Medwedew Russland als „eine der wichtigsten Zentren der gegenwärtigen Welt“ und als „größte euroasiatische Macht mit dem Status einer der führenden Staaten der Welt“.<sup>5</sup> Allerdings verzichtete er darauf, Präsident Putins Ziel der Schaffung einer „multi-polaren Welt“ zu erwähnen. Schließlich handele es sich bei den USA längst nicht mehr um die einzige Supermacht.

Tatsächlich sah Präsident Medwedew die Sicherheit Russlands vor allem durch das US-Raketenabwehrprojekt in Polen und Tschechien bedroht. Diese Einschätzung veranlasste ihn, die Entwicklung eines globalen Raketenabwehrsystems gemeinsam mit allen Partnern vorzuschlagen. Damit erteilte er den

3 | Poslanie Prezidenta Rossii Dmitrija Medvedeva Federal'nomu So-braniju. In: [www.kremlin.ru/appears/2008/11/05/](http://www.kremlin.ru/appears/2008/11/05/).

4 | Anonimnoe zondirovanie „Iskanderami“ (= Anonyme Sondierung durch „Iskander“). In: *Nezavisimoe Voennoe Obozrenie*, Unabhängige Militärrundschau, Moskau, 16.04.2009. Weiter NVO.

5 | Koncepcija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, Moskau, 12.07.2008, Pr-1440. In: [Prezident Rossii, kremlin.ru/text/doc. 2008/077/204108](http://PrezidentRossii.kremlin.ru/text/doc/2008/077/204108).

USA und der NATO, denen er vorwarf, sein Land in einen neuen Rüstungswettbewerb hineinziehen zu wollen, eine klare Abfuhr. Denn der Pragmatiker Medwedew weiß nur zu gut, dass sich Russland einen solchen Wettlauf nicht leisten kann: Er würde „die Wirtschaft ruinieren und die innenpolitische Entwicklung schwer belasten“. An dieser Haltung wird er auch ein Jahr später in der „Strategie“ festhalten.

Allerdings erscheint wenig plausibel, dass Russlands Präsident die Beziehungen zu den USA ausgerechnet auf die Ebene einer „strategischen Partnerschaft“ heben will. Schließlich räumt Washington ihnen längst diesen Status ein. Dessen ungeachtet will sich Moskau nach wie vor um ein „strategisches Gleichgewicht“ zwischen den beiden Staaten bemühen, wünscht aber, dass andere Nuklearmächte den russisch-amerikanischen nuklearen Abrüstungsverträgen beitreten. An dieser Stelle reagiert Medwedew auf neue Herausforderungen:

**Moskau will sich nach wie vor um ein „strategisches Gleichgewicht“ zwischen den beiden Staaten bemühen, wünscht aber, dass andere Nuklearmächte den russisch-amerikanischen nuklearen Abrüstungsverträgen beitreten.**

Die stark aufgerüstete VR China, die enorme Finanzmittel in die Raketentechnik und ihr Nuklearwaffenarsenal investiert hat, soll stärker eingebunden und so kontrolliert werden. Dass Russland gleichzeitig die „russisch-chinesische strategische Partnerschaft weiterentwickeln“ will, bedeutet keinen Widerspruch, sondern stellt den Versuch dar, China auch im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit einzubinden. Tatsächlich weigert sich China immer noch, über nukleare Abrüstung zu verhandeln.

## **DIE MILITARISIERUNG DER SICHERHEITSPOLITIK**

Im Juli 2008 behielt sich Moskau vor, flexibel auf die so genannte Realpolitik seiner Partner zu antworten, falls nötig auch mit militärischen Mitteln. Als Sicherheitsrisiko wertete die „Konzeption“ den Beitrittswunsch Georgiens und der Ukraine zur NATO. Präsident Medwedew kündigte in diesem Zusammenhang an, er werde sich gegen „diesen destabilisierenden Vorgang“ zur Wehr setzen. Schneller als gedacht – und vielleicht erhofft – wurde das neue außen- und sicherheitspolitische Konzept im russisch-georgischen Krieg im August 2008 einem Praxistest unterzogen.<sup>6</sup>

Aus dem Sieg über Georgien leitete der Kreml die Hoffnung ab, damit auch die NATO-Osterweiterung im post-sowjetischen Raum gestoppt zu haben. Denn mit diesem Krieg wur-

de nicht nur Georgien in seine Schranken gewiesen. Der Vergeltungsschlag in Südossetien und die weitere Militärintervention in Georgien führten auch den nordkaukasischen Autonomien der Russländischen Föderation die Aussichtslosigkeit jedweder separatistischen Bestrebungen angesichts der militärischen Stärke Russlands vor Augen. Gleichzeitig sollte den USA und der NATO gezeigt werden, dass Russland – mit allen Mitteln – eine Ausdehnung der Allianz bis an seine Landesgrenzen verhindern werde.

Russlands politisch-militärische Führung strotzte vor Selbstbewusstsein: Die Regierung überbot sich mit immer lauterem Versprechen, neue soziale Vergünstigungen unter das Volk zu bringen. Diese Stimmung des *anything goes* übertrug sich auch auf außenpolitische Stellungnahmen, die mitunter allzu aggressiv daher kamen und wenig Rücksicht nahmen auf diplomatische Kollateralschäden. Die Öl- und Gaseinnahmen garantierten die notwendigen Mittel für die Durchsetzung der außenpolitischen Ziele. Russlands politische Klasse war davon überzeugt, bei der Entmachtung des Westens die führende Rolle zu spielen und sah sich schon als neue Supermacht.

## DIE KRISE ERZWINGT LEISERE TÖNE

**Der Verfall des Ölpreises zwang die Putin-Regierung, für das Jahr 2009 einen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Enorme Summen mussten aus dem Nationalen Devisenreservenfonds zur Stützung des Rubel-Kurses und zur Finanzierung der zusätzlichen Sozialausgaben bereitgestellt werden.**

Umso härter traf im Herbst 2008 die weltweite Finanzkrise Moskau: Viel zu lange hatte Russland seine Abhängigkeit von den globalen Märkten verdrängt. Der Verfall des Ölpreises zwang die Putin-Regierung, für das Jahr 2009 einen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Enorme Summen mussten aus dem Nationalen Devisenreservenfonds zur Stützung des Rubel-Kurses und zur Finanzierung der zusätzlichen Sozialausgaben bereitgestellt werden. Der erste Etatentwurf für 2009 war von einem Ölpreis von 95 US-Dollar je Barrel (Öl-Marke Ural) ausgegangen und hatte mit Einnahmen von 239,4 Milliarden US-Dollar gerechnet. Die Ausgaben sollten 197,6 Milliarden US-Dollar betragen. Nach dem Sturz des Ölpreises musste die russische Regierung einen neuen Haushalt mit einem Ölpreis von 41 US-Dollar aufstellen. Den Ein-

6 | Vooružennyj Konflikt v Južnoj Osetii i ewo posledstvija (Der Militärkonflikt in Südossetien und seine Auswirkungen). Moskau 2009; Aschot Manutscharjan, „Abchasien, Südossetien und die russische Intervention in Georgien (August 2008)“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Nr. 10, Oktober 2008, S.59 – 83.

nahmen in Höhe von 147,0 Milliarden US-Dollar standen nun Ausgaben von 212,9 Milliarden US-Dollar gegenüber. Das Haushaltsdefizit von 65,9 Milliarden US-Dollar (also 7,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, BIP) musste aus dem Devisenreservenfonds beglichen werden.

Wie dem Antikrisenprogramm der russischen Regierung zu entnehmen war, sollte das BIP in Folge der Krise um zwei Prozent sinken.<sup>7</sup> Schon im Juni 2009 korrigierte Finanzminister Alexej Kudrin diese Zahl nach unten: Inzwischen geht er davon aus, dass das BIP um elf Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgehen wird. Laut Kudrin werde das Haushaltsdefizit 2010 mehr als fünf Prozent des BIP betragen. Die Inflationsrate gibt er für 2009 mit 12,5 Prozent an. Licht am Ende des Tunnels hat der Finanzminister noch nicht ausgemacht: frühestens 2013 werde Russlands Budget wieder ein Defizit von zwei bis drei Prozent des BIP erreichen.<sup>8</sup>

Sollte der Ölpreis länger als ein Jahr unter 40 US-Dollar verharren, muss die russische Regierung nach Angaben von Experten – wie schon während der Amtszeit Präsident Boris Jelzins – Kredite im Ausland aufnehmen. Diese Finanzklemme würde nicht ohne Auswirkungen auf die russische Sicherheitspolitik bleiben, da Kredite an Russland immer „politischen Charakter“ tragen. Nur anziehende Ölpreise können den russischen Haushalt retten. Erschwerend kommt hinzu, dass seit dem Ende der Sowjetunion vor 20 Jahren nicht in die industrielle Produktion investiert wurde. Das Land lebte von seinen Rohstoffexporten und machte sich vom weltweiten Ölverbrauch völlig abhängig. Die zweite Einnahmequelle des Staates, die Waffenexporte, kann in keiner Weise mit den Öleinnahmen Schritt halten. Laut russischer Regierung exportierte das Land 2007 Waffen im Wert von 7,4 Milliarden US-Dollar, 2008 waren es acht Milliarden US-Dollar.

## **AUF DER SUCHE NACH NEUEN SICHERHEITSPOLITISCHEN LEITSÄTZEN**

Analog zur National Security Strategy of the United States vom September 2002 empfahlen Sicherheitsexperten dem Präsidenten, eine ähnliche „offizielle Doktrin“ für Russland als

7 | Programma antikrizisnych mer Pravitel'stva RF. In: [www.government.ru](http://www.government.ru).

8 | RIA Nowosti, 29.06.2009.

Antwort auf die so genannte Bush-Doktrin vorzulegen.<sup>9</sup> Seit Juni 2008 waren zahlreiche Behörden damit beschäftigt, die neuen sicherheitspolitischen Leitsätze auszuarbeiten. „Die Strategie der nationalen Sicherheit Russlands bis 2020“ sollte das veraltete Nationale Sicherheitskonzept aus dem Jahr 1997 und seine Aktualisierung (Januar 2000) ersetzen. Auf der Grundlage der Strategie sollte anschließend eine neue Militärdoktrin Russlands implementiert werden.

Nach vielen Terminverschiebungen war geplant, die „Strategie der nationalen Sicherheit Russlands bis 2020“ am 24. März 2009 zu präsentieren. Die Journalisten, die über die Sitzung des russischen Sicherheitsrates unter Vorsitz von Präsident Dmitrij Medwedew berichten wollten, wurden jedoch erneut enttäuscht: Der Staatschef hatte es wieder abgelehnt, die „Strategie“ zu unterzeichnen.

Wie der Sekretär der Sicherheitsrates, der frühere russische Geheimdienstchef General Nikolaj Patruschew, mitteilte, hat-

te der Präsident noch Fragen zu den „technischen Details“, außerdem wies er auf „Widersprüche“ hin. Der Putin-Intimus Patruschew machte kein Geheimnis daraus, dass es bei den Beratungen zu „Auseinandersetzungen“ zwischen den hochrangigen Sicherheitsratsmitgliedern gekommen war.<sup>10</sup> Dabei berief sich der

**Der Putin-Intimus Patruschew machte kein Geheimnis daraus, dass es bei den Beratungen zu „Auseinandersetzungen“ zwischen den hochrangigen Sicherheitsratsmitgliedern gekommen war.**

Militärberater des russischen Präsidenten, Generaloberst Georgij Spak, sogar auf Finanzminister Kudrin. Vor der Sitzung hatte der oberste Kassenwart ausdrücklich vor den Folgen „einer zweiten Welle der Finanzkrise“ für Russland gewarnt. Außerdem plädierte ein Vertreter des Verteidigungsministeriums dafür, neben der wachsenden Konkurrenz der aufstrebenden Wirtschaftsmächte Indien und China auch die neuen globalen geopolitischen Veränderungen in die Nationale Sicherheitsstrategie aufzunehmen, „deren Entwicklung möglicherweise die Grenzen der Staaten sowie die weltweiten Machtverhältnisse beeinflussen“ könnten. Es ging dabei im

9 | The National Security Strategy of the United States, White House, Washington D.C., September 2002. Ivo H. Daalder u.a., „The Bush National Security Strategy: An Evaluation“. Robert Jervis, „Understanding the Bush Doctrine“, in: Thomas Jäger u.a.: *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA*, Baden-Baden 2005. S. 27–56. Aschot Manutscharjan, „Die Putin-Doktrin: Eine Neuausrichtung der russischen Sicherheitspolitik“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Nr. 2, Februar 2004, S. 4–34.

10 | *Kommersant*, Moskau, 25.03.2009.

Einzelnen um die forcierte Siedlung ethnischer Chinesen (Han-Chinesen) in den russischen Territorien im Fernen Osten sowie um eine mögliche Blockade der russischen Energieexporte durch die EU. Dadurch würde Russland seine Haupteinnahmequelle verlieren. „Gegen solche Gefahren sind strategische Nuklearstreitkräfte machtlos“, meinte ein Vertreter des Verteidigungsministeriums.<sup>11</sup>

In Moskauer Regierungskreisen war zunächst vermutet worden, Präsident Medwedew sei mit der Bewertung der US-Politik und deren militärischer Aufrüstung in der „Strategie“ nicht einverstanden gewesen. Die strategischen Nuklearwaffen der USA, ihre „Pläne für eine globale Raketenabwehr und Militarisierung des Alls“ hatten Sicherheitsexperten als eine der zentralen militärischen Bedrohungen Russlands ausgemacht. Auch die Fortführung der Ost-Erweiterung der NATO bis an die Grenzen Russlands und die globalen Ansprüche der NATO wurden als Gefahr für Russlands Sicherheit bezeichnet. Die Tonalität der „Strategie“ war noch ganz dem russisch-amerikanischen Verhältnis unter Präsident George W. Bush verhaftet, das sich seit dem Jahr 2003 deutlich abgekühlt hatte.

Wie einige Kommentatoren in Moskau zu wissen glaubten, wollte Präsident Medwedew die „Strategie“ erst nach seinem Treffen mit Präsident Barack Obama am 1. April 2009 unterschreiben. Dabei ließ Obama die Bereitschaft der USA erkennen, über die Abrüstung der strategischen Nuklearwaffen und ihrer Trägersysteme zu verhandeln. Da die USA jedoch kein „Entgegenkommen“ in Bezug auf die Installierung der geplanten Raketenabwehrsysteme in Osteuropa zeigten sowie am NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens festhielten, unterzeichnete Präsident Medwedew am 12. Mai 2009 schließlich die alte, „anti-amerikanische Version“ der „Strategie“, ergänzt lediglich um die neuen Herausforderungen der globalen Finanzmarktkrise.

## **DROHENDE GEFAHREN**

Die „Strategie der nationalen Sicherheit Russlands bis 2020“ definiert Russland als „ein Schlüsselsubjekt der neu formierten multipolaren internationalen Beziehungen“.<sup>12</sup> Russland habe sich am Ende des 20. Jahrhunderts gegen Nationalis-

11 | *Gazeta*, Moskau, 24.03.2009.



**Russland habe sich am Ende des 20. Jahrhunderts gegen Nationalismus, Separatismus und internationalen Terrorismus behauptet sowie seine Souveränität und territoriale Integrität verteidigt.**

mus, Separatismus und internationalen Terrorismus behauptet sowie seine Souveränität und territoriale Integrität verteidigt. Auf 17 Seiten listet das Dokument die drohenden Gefahren für Russlands Sicherheit auf. Daneben beschreibt es die nationalen Sicherheitsinteressen sowie die Prioritäten, Ziele und Instrumente der russischen Sicherheitspolitik. Dabei wird deutlich, dass sich die Bedrohungswahrnehmung in Zeiten der Finanzkrise überproportional nach innen richtet.

Militärisch bedroht fühlt sich Russland vor allem durch „die Politik einiger führender fremder Staaten, die das Ziel verfolgten, eine Übermacht insbesondere bei den strategischen Nuklearwaffen zu erlangen“.<sup>13</sup> Als weitere Gefahr haben Russlands Militärs die Entwicklung von Hightech-Waffen sowie den Einsatz der Informationstechnologien bei der Kriegsführung und die strategischen nichtnuklearen Waffen identifiziert. Die Militarisierung des Alls und die einseitige Installation globaler Raketenabwehrsysteme werden ihrer Ansicht nach zu einem neuen Rüstungswettbewerb, zur Verbreitung und Produktion von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen führen. Damit hat die „Strategie“ die USA als den Schuldigen für alle künftigen Sicherheitsprobleme der Welt ausgemacht. Demgegenüber werde sich Russland für „strategische Stabilität und eine gleichberechtigte strategische Partnerschaft“ einsetzen. Die Frage ist nur: Mit wem? Selbst in einem solch klaren Fall vermeidet es die „Strategie“, die USA namentlich zu erwähnen.

Obwohl die „Strategie“ die militärische Bedrohung hervorhebt, sind es tatsächlich die nicht-militärischen Gefahren, die den Kreml beunruhigen. Vor allem die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf den sozialen Frieden im Lande vermag selbst Ministerpräsident Wladimir Putin nicht mehr zu verheimlichen.

Dessen ungeachtet gibt es die Tendenz in der „Strategie“, die reale Wirtschaftslage mit der erwünschten zu verwechseln. Einerseits werden der Technologie-Rückstand und die Abhän-

12 | Strategija nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii do 2020 goda. Ukaz Präsidenta Rossii Nr. 537 ot 12.05.2009In: [www.kremlin.ru/text/docs/2009/05/216229.shtml](http://www.kremlin.ru/text/docs/2009/05/216229.shtml)

13 | Bemerkenswert ist, wie viele stilistische Ungereimtheiten sich im Dokument finden.

gigkeit des Staates von Rohstoffexporten – vor allem Öl und Gas – problematisiert, andererseits wird ein unrealistisches Ziel formuliert: Russland soll in absehbarer Zeit zu den fünf größten Volkswirtschaften der Welt gehören. Dabei verweist die Erwähnung der Energieexporte als außenpolitisches Instrument nur auf die Schwäche des Landes.

Deutlich wird zudem, dass die Autoren der „Strategie“ ein Auseinanderbrechen der Föderation fürchten: Es wundert also nicht, dass die vielen Gefahren für die Einheit der russländischen Föderation wie Nationalismus, Separatismus, Xenophobie, Extremismus und religiöser Radikalismus Eingang in das Dokument fanden. Sie müssen ebenso wie der internationale Terrorismus und die Proliferation ernst genommen und bekämpft werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Verstärkung des Grenzschutzes angesichts einer möglichen Eskalation militärischer Konflikte in den russischen Grenzregionen ein Thema. Abgesehen vom Nahen Osten erwartet Russland in der Barentssee, in der Arktis, im Kaspischen Raum und in Zentralasien Auseinandersetzungen um die Kontrolle der Energieressourcen. Der Kreml geht dabei davon aus, dass diese Konflikte gegebenenfalls „unter Einbeziehung von Militärkräften“ ausgetragen werden müssen.

**Russland erwartet in der Barentssee, in der Arktis, im Kaspischen Raum und in Zentralasien Auseinandersetzungen um die Kontrolle der Energieressourcen.**

## DEMOGRAPHIE UND ALKOHOLISMUS

Als „strategische Ziele der nationalen Sicherheit“ finden auch die Erhöhung der Lebensqualität der Bevölkerung und die „prinzipielle Verbesserung der demographischen Lage“ Berücksichtigung. In diesem Zusammenhang benennt die „Strategie“ innenpolitische Gefahren: Wie man der offiziellen Statistik entnehmen kann, schrumpft die russische Bevölkerung jährlich um 0,47 Prozent, während die Geburtenrate auf niedrigem Niveau verharrt.<sup>14</sup>

Die Familienpolitik und die Erhöhung der Geburtenrate war bereits ein innenpolitisches Ziel Präsident Putins. Er bezeichnete es als „wichtigstes Problem des gegenwärtigen Russland“. Auch der damalige stellvertretende Ministerpräsident Medwedew hatte schon 2006 die demographische Entwick-

14 | Michail Sergeew, „Glavnaja nacional'naja ugroza“ (Die nationale Hauptgefahr), in: *Nezavisimaja Gazeta*, 14.05.2009.

lung Russlands als „schrecklichstes und gefährlichstes“ Problem ausgemacht. Im Bevölkerungsrückgang sah er „eine nationale Herausforderung“. Die Statistik macht weiterhin wenig Mut: die Lebenserwartung der Frauen beträgt in Russland 71 Jahre, die Männer werden durchschnittlich nur 59 Jahre alt.<sup>15</sup>

Zwischen dem 1. Januar 2008 und dem 28. Februar 2009 erwähnte Präsident Medwedew das demographische Problem in seinen Reden und Interviews 414 Mal, Wladimir Putin 286 Mal. Seitdem die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die politische Agenda beherrscht, ist dieses Thema aus den Reden des Tandems Medwedew/Putin verschwunden. Denn der Regierung fehlen die Mittel für eine aktive Familienpolitik. Russische Wissenschaftler gehen inzwischen davon aus, dass die Krise das Bevölkerungswachstum bis 2025 beeinträchtigen wird.<sup>16</sup> Für das Jahr 2026 erwarten die Demographen ein Absinken auf 125 bis 137 Millionen Einwohner. Derzeit leben 142 Millionen Menschen im Land. Der Föderale Migrationsdienst informierte die Staatsduma Ende Mai 2009 über „expansionistische Ziele“ einiger Nachbarstaaten, die Anspruch auf russische Territorien erhöhen und die Übersiedlung ihrer Bevölkerung nach Russland förderten. Nicht zuletzt das „überbevölkerte China“ wird in diesem Zusammenhang erwähnt.<sup>17</sup>

Daneben beschäftigt sich die „Strategie“ mit Korruption, organisierter Kriminalität, Alkoholismus, AIDS und Drogenabhängigkeit. Sie gehören in Russland zu den Gefährdungen, denen die Menschen tagtäglich ausgesetzt sind. Gegen den Alkoholmissbrauch im Land engagiert sich auch das Polittdem: die beiden Spitzenpolitiker werben persönlich für einen gesunden Lebensstil. Während der zehnjährigen Herrschaft des alkoholkranken Präsidenten Boris Jelzin war dieses Problem kein Thema. Unterdessen erklärte der russische Innenminister, Viersternegeneral Raschid Nurgaliew,

**Der russische Innenminister, Viersternegeneral Raschid Nurgaliew, ein enger Vertrauter Putins aus FSB-Zeiten, erklärte, er werde gegen Alkoholiker in der Miliz vorgehen.**

15 | Zum Vergleich: in Deutschland beträgt die Lebenserwartung der Frauen 82,3 Jahre, die Männer werden durchschnittlich 76,9 Jahre alt. In: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 304, 22.08.2008.

16 | Alexandra Samarina, Ada Gorbačova, „Demografičeskaja jama“ (Demographisches Loch), in: *Nezavisimaja Gazeta*, 06.03.2009.

17 | Ivan Rodin, Alexandra Samarina, „Rossija v kol'ce“ (Russland umzingelt), in: *Nezavisimaja Gazeta*, 02.06.2009.

ein enger Vertrauter Putins aus FSB-Zeiten, er werde gegen Alkoholiker in der Miliz vorgehen. Zusammen mit der Kirche und dem Gesundheitsministerium hat das Innenministerium dieser chronischen Volkskrankheit den Kampf angesagt. Inzwischen wird sogar die Wiedereinführung des Staatsmonopols auf den Verkauf von Alkohol diskutiert.

Wie der Verbrechenstatistik des russischen Innenministeriums zu entnehmen ist, wurden in Russland im Jahr 2007 mehr als 22 000 Menschen ermordet, im Jahr 2008 waren es 20 000. 80 Prozent der Morde werden von Betrunkenen begangen, die Hälfte der Opfer war ebenfalls alkoholisiert. Auch bei der Mehrzahl der Autounfälle – in Russland sterben jährlich 30 000 Menschen im Straßenverkehr – ist Alkohol im Spiel. Wie das Innenministerium meldete, sind im Land 343 000 chronische Alkoholiker und 110 400 Drogenabhängige registriert, die tatsächlichen Zahlen dürften um ein Vielfaches höher liegen.

Neben dem Alkoholismus gibt es in Russland eine zweite, nicht weniger tückische „Volkskrankheit“: die Bestechlichkeit der Beamten. Die russischen Historiker des 19. Jahrhunderts klagten bereits über dieses Phänomen. Der Innenminister zählt die Korruption zu einem „der gefährlichsten Verbrechen für die Gesellschaft“ und weist darauf hin, dass es allein im Jahr 2008 40 500 Verfahren wegen Korruption gab. In jedem dritten Fall war Geld im Spiel. Nurgaliew machte deutlich, dass es nur in 270 Verfahren um große Geldbeträge gegangen sei. Die Dunkelziffer liege jedoch sehr viel höher, fügte er hinzu.<sup>18</sup>

## **NEUE FRONTLINIE IN DER ARKTIS**

Als möglichen Schauplatz für kriegerische Auseinandersetzungen identifizierte die „Strategie“ zum ersten Mal in einem wichtigen russischen sicherheitspolitischen Dokument die Arktis mit ihren Energieressourcen. Die globale Erwärmung

18 | *Rossijskaja Gazeta*, 01.07.2009; „Ne poterat' stranu na dne stakana“ (Das Land nicht im Glas verlieren). In: *Nezavisimaja Gazeta*, 22.05.2009. ITAR-TASS, 04.02.2009. [www.mvd.ru/press/interview/](http://www.mvd.ru/press/interview/) 6113 und 6115. Wie verbreitet die Korruption ist, zeigt ein Blick auf die Streitkräfte: Im Jahr 2007 ermittelte die Militärstaatsanwaltschaft gegen 244 Kommandeure, darunter 180 Obristen und 16 Generäle. In: Vladimir Muchin: *Korruptcija v lampasach i pogonach*. In: *Nezavisimaja Gazeta*; 21.07.2008.

und die enorme Steigerung der Rohstoffpreise im Jahr 2008 veranlassten die russische Regierung zu einem Mediene coup: Zur besten Sendezeit erklärte der Kreml den Nordpol zum russischen Territorium, ließ ein Fähnchen im Meeresboden verankern und beanspruchte die Eigentumsrechte an den dort befindlichen Rohstoffen. Die „Strategie“ hält hierzu fest, dass sich „das Risiko der Erschöpfung der strategisch wichtigen Rohstoffe verschärft“ habe. Bereits vor Jahren hatten die russischen Experten darauf hingewiesen, dass die heimische Uranförderung in zehn Jahren den Bedarf der russischen Atommeiler nicht mehr decke. Da die Regierung bis 2030 den Bau weiterer 26 Reaktoren plant, um den Anteil des Atomstroms zu verdoppeln, hofft Moskau im Schelf und auf dem Meeresboden der Arktis nicht nur Uran zu finden, sondern ein neues Rohstoff-Eldorado.<sup>19</sup>

Es ist denn auch kein Zufall, dass Präsident Medwedew schon am 17. September 2008 während der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates die „Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation in der Arktis bis 2020“ bestätigte. Die Region bezeichnete er als „strategische Ressourcenbasis“ für die sozialwirtschaftliche Entwicklung Russlands im 21. Jahrhundert. Der Staatschef forderte die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die „nationalen Interessen Russlands in der Arktis zu verteidigen und die militärische Sicherheit bei unterschiedlichen militärisch-politischen Szenarien zu garantieren“.<sup>20</sup>

**Die Region bezeichnete Medwedew als „strategische Ressourcenbasis“ für die sozialwirtschaftliche Entwicklung Russlands im 21. Jahrhundert.**

Diese Ankündigungen Russlands zwangen Dänemark dazu, eine neue Einsatztruppe für die Arktis aufzustellen und ein arktisches Kommando einzurichten. Der Startschuss für die Militarisierung der Nordpol-Region war gefallen.<sup>21</sup> Unabhängige russische Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass sich die neue Arktis-Politik Moskaus zu einem Konfliktherd mit den USA und der NATO entwickeln könnte. Am Ende werde sich das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland verändert haben, und zwar nicht zu Gunsten Russlands.

19 | Itar-Tass, 15.04.2009.

20 | Budut sformirovany Arktičeskie vojska FSB (Arktis-Truppen des FSB werden gegründet). In: NVO, 02.04.2009; [www.scrf.gov.ru/documents/95.html](http://www.scrf.gov.ru/documents/95.html).

21 | Dänemark rüstet in der Arktis auf. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.07.2009.

Ungeachtet der propagandistischen Drohgebärden nehmen russische Militärkreise nur eine Gefahr aus dem Westen wirklich ernst: einen möglichen Raketenangriff der USA auf die russischen strategischen Nuklearstreitkräfte. Die russischen Luftwaffenabwehrsysteme wurden in den letzten 20 Jahren stark reduziert, so dass sie einen Angriff nicht mehr abwehren können. Ein russischer Vergeltungsschlag würde mit den einsatzbereiten 3081 Nukleargefechtsköpfen auf 678 Trägersystemen erfolgen, die das strategische Gleichgewicht mit den USA aufrechterhalten. Da die Flugbahn der meisten russischen Raketen über dem Nordpol liegt, könnten USA und NATO – vorausgesetzt die Eisfläche schmilzt weiter – ihre marinegestützten Raketenabwehrsysteme im Polarmeer stationieren und die russischen ballistischen Raketen dort abfangen.

In diesem Fall wären die USA vor einem Angriff russischer Raketen sicher, schreibt der bekannte Militärexperte Alexander Chramtschichin. Die Bereitschaft der USA, Kanadas, Dänemarks und Norwegens, gemeinsam in der NATO gegen Russlands Arktis-Politik vorzugehen, werde Moskau eine Niederlage beibringen. Denn in der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise verfüge das Land nicht mehr über die notwendigen Mittel, um neue Raketenabwehrsysteme aufzustellen und den Aktivitäten der US-Marine im Polarmeer wirksam zu begegnen.<sup>22</sup>

## **NICHT-REGIONALE AKTEURE ALS BREMSER**

Wie in der „Strategie“ weiter nachzulesen ist, begünstigt die Globalisierung Auseinandersetzungen zwischen den Staaten wegen ihrer unterschiedlichen Entwicklungsniveaus bzw. der immer größeren Wohlstandskluft. Unterschiedliche „Werte und Entwicklungsmodelle“ verschärfen die Lage. Zudem mischten sich bei der Lösung regionaler Krisen immer öfter „nicht-regionale Kräfte“ ein. In diesem Zusammenhang greift der Kreml frontal die USA und die NATO an: Da sich noch keine neue internationale Sicherheitsarchitektur herausgebildet habe, nehme sich die Nordatlantische Allianz das Recht heraus, „weltweit zu intervenieren“. Dabei widerspreche die Anmaßung „globaler Funktionen“ seitens der NATO den Normen des Völker-

**Die Anmaßung „globaler Funktionen“ seitens der NATO widerspreche den Normen des Völkerrechts.**

22 | Alexander Chramčichin: V perspektive – Arktičeskij front (Die arktische Front in der Perspektive). In: NVO, 16.04.2009.

rechts. Russland beharrt deshalb auf einem strategischen Gleichgewicht gegenüber NATO und USA, das die strategischen Nuklearstreitkräfte des Landes garantieren. Daneben setzt Moskau auf die Schaffung eigener Militärbündnisse und Zollunionen – zumindest im Südkaukasus und im post-sowjetischen Zentralasien – als Gegengewicht zu EU, NATO und USA.

Als „Medwedews Dilemma“ beschreibt Professor Alexej Bogaturov vom Moskauer Institut für Internationale Sicherheit Russlands Position gegenüber dem Westen: Einerseits möchte Russland nicht zu einer konfrontativen Politik zurückkehren, andererseits könne der Kreml die Politik der militärischen Übermacht von USA und NATO nicht einfach hinnehmen.<sup>23</sup> Dabei könne Moskau faktisch gar nichts dagegen unternehmen. Schließlich kann die russische Führung allein schon aus finanziellen Gründen keinen neuen Rüstungswettbewerb wollen. Das steht explizit in der „Strategie“ und soll „den pragmatischen und rationalen Ansatz“ der russischen Sicherheitspolitik betonen.

Über die Qualität der Beziehungen zwischen Russland und der NATO werde letztlich die militärische Ausdehnung der Allianz bis an die russischen Grenzen entscheiden. Nur wenn die NATO die russischen nationalen Interessen akzeptiere, werde Moskau „die Kontakte fortsetzen und vertiefen“. Die „Strategie“ greift die USA aber auch wegen ihrer vermeintlichen unilateralen Weltherrschaftspläne an. Die umstrittenen US-Raketenabwehrpläne werden abgelehnt: Sollten die Systeme zum Einsatz kommen, werde es „sehr schwierig werden“, die „globale und regionale Stabilität“ zu bewahren.

### **DIE GRÜNDUNG EINES EIGENEN MILITÄR-BÜNDNISSES**

Abgesehen von der UNO will Russland auch in anderen internationalen Organisationen seine Interessen durchsetzen. Als „zwischenstaatliches Hauptinstrument“ der russischen regionalen Sicherheitspolitik nennt die „Strategie“ die „Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit“ (OVKS / ODKB [russ.]). Mitglieder sind neben Russland Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Armenien. Ziel des Bündnisses ist es, „neben militärisch-politischen und

23 | *Diplomatičeskij Kur'er*, Moskau, 15.06.2009.

militärisch-strategischen Bedrohungen und Gefahren auch die Drogenverbreitung“ zu bekämpfen. Dazu verfügt die Organisation über eine gemeinsame Luftwaffenabwehr und eine „Kollektive schnelle Eingreiftruppe“ mit einem russisch-weißrussischen und einem russisch-armenischen Zweig.

Im Juni 2006 wurde die OVKS umstrukturiert: aus dem militärisch-politischen Block entstand eine multifunktionale internationale Sicherheitsorganisation. Die Präsidenten der Mitgliedstaaten riefen im Jahr 2009 zudem eine neue, 20 000 Mann starke Truppe ins Leben, die „Kollektiven Reaktionsstreitkräfte“: Sie sollen entsprechend den Zielen der OVKS nicht nur gegen militärische Bedrohungen eingesetzt werden.<sup>24</sup>

Russland geht in der „Strategie“ des Weiteren davon aus, dass die Präsenz russischer Streitkräfte in den Konfliktregionen „die strategische Stabilität und gleichberechtigte strategische Partnerschaft“ erhalten wird. Die Absicht der Autoren hinter dieser nebulösen Formulierung kennen wohl nur Eingeweihte: Geht es hier um die Unterstützung der USA in Afghanistan oder um das Eingreifen in anderen, ungenannten Konfliktregionen? Oder handelt es sich um eine Anspielung auf die Ukraine bzw. die Krim? Oder auf den Berg-Karabach-Konflikt?

**Die Absicht der Autoren hinter dieser nebulösen Formulierung kennen wohl nur Eingeweihte.**

„Die Strategie“ thematisiert auch die Integration im Rahmen der GUS und vor allem in der Euroasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG / EvrAzES [russ.] mit Russland, Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan), die es zu vertiefen gilt. Moskau versucht in der derzeitigen Krisenzeit, die Verbündeten in der EWG mit großzügigen Krediten an sich zu binden, um sie nicht zu verlieren. So zahlte allein Russland 7,5 Milliarden US-Dollar in den zehn Milliarden US-Dollar schweren Anti-Krisen-Fonds der EWG ein. Auch Armenien, das kein EWG-Mitglied ist, wurde am Fonds beteiligt und erhielt – wie Kirgistan und Tadschikistan – Kreditzusagen aus Russland.<sup>25</sup>

24 | Viktor Michailov, „ODKB sobiraet udarnyj kulak“ (Die OVKS wird zur schlagkräftigen Faust), in: *Nezavisimaja Gazeta*, 03.06.2009.

25 | Elina Bilevskaja, „Rossija podelitsja s sosjedjami den'gami i voennyymi“ (Russland gibt den Nachbarn Geld und Soldaten), in: *Nezavisimaja Gazeta*, 05.02.2009.



Neben der OVKS legt Russland besonderen Wert auf die „Stärkung des politischen Potenzials“ der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und betont deren Bedeutung für vertrauensbildende Maßnahmen in Zentralasien. Auffallend ist, dass die russisch-chinesischen Beziehungen in der „Strategie“ nicht besonders hervorgehoben oder gar gewürdigt werden. Stattdessen ist Moskau an einer intensiveren Zusammenarbeit im Rahmen der G8, der G20 sowie der RIC (Russland-Indien-China) und BRIC-Staaten (Brasilien-Russland-Indien-China) interessiert.

### **DIE RENAISSANCE RUSSISCHER IDEALE**

Laut „Strategie“ hat Russland nicht nur die Folgen der politischen und sozialwirtschaftlichen Krise nach dem Systemwechsel gemeistert, sondern auch die „rein russländischen Ideale“, wie Respekt vor den historischen Leistungen, gestärkt. Das Bekenntnis „zu den gemeinsamen Werten des Humanismus, zum internationalen Frieden, zur Bedeutung der Familie und zum Patriotismus“ festige den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auf die diskreditierten Begriffe „Demokratie“ und „Menschenrechte“ verzichteten die Autoren.

Wie bereits die „Konzeption der Außenpolitik“, so beschäftigt sich auch die „Strategie“ mit den negativen Einflüssen auf die nationale Sicherheit im Kulturbereich durch die fortgesetzten Versuche, Russlands Rolle und Bedeutung in der Weltgeschichte zu nivellieren. Vor allem die Geschichtsschreibung über die stalinistische Zeit und die Rolle der Roten/Sowjetischen Armee während des Zweiten Weltkriegs in Polen und im Baltikum gefällt dem „patriotischen Flügel“ nicht.

Zur „Verteidigung“ der Geschichte wurde deshalb am 20. April 2009 eine parlamentarische Initiative gestartet, um mit Hilfe des Strafrechts gegen die „Leugnung“ der russisch-sowjetischen Geschichte vorgehen zu können. Der Gesetzentwurf „Zur Verhinderung der Rehabilitierung des Nationalsozialismus, der nationalsozialistischen Verbrecher und ihrer Handlager in den neuen unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR“ sieht u.a. die Ausweisung der Diplomaten vor. Präsident Medwedew ordnete zudem per Erlass

**„Kommission zur Verhinderung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands“**

am 20. Mai 2009 die Gründung einer „Kommission zur Verhinderung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands“ an. Unter den 28 Mitgliedern befin-

den sich nur vier bekannte Historiker, alle anderen sind entweder hochrangige Politiker oder Beamte aus dem Justizministerium, dem Verteidigungsministerium oder den Geheimdiensten.<sup>26</sup>

Um das Image Russlands im Ausland aufzupolieren, setzten Staatsduma und Präsidialamt einen Sonderbeauftragten ein, der Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der nationalen Interessen strategisch betreiben sollte, notfalls auch „mit Präventivschlägen“. Dafür müsse eine „propagandistische Faust“ mit den russischen staatlichen Auslandssendern und den Nachrichtenagenturen gebildet werden, so der Vorsitzende des Informationsausschusses der Staatsduma, Valerij Komissarow. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Föderationsrates, Michail Margelow, hatte sich bereits vor der Krise dafür ausgesprochen, das Image vom „guten“ und nicht vom „starken“ Russland zu pflegen. Noch immer werde das heutige Russland im Ausland mit der Sowjetunion gleichgesetzt. Und der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma, Konstantin Kosatschow, empfahl seinen Politiker-Kollegen, verstärkt an internationalen Diskussionen teilzunehmen, da „wir keine Partner haben, die über uns gut reden“.<sup>27</sup>

## BEWERTUNG IN RUSSLAND

In Russland wurde die „Strategie der nationalen Sicherheit“ unterschiedlich kommentiert. Die regierungsnahen Autoren und Leiter der akademischen Institutionen, die zum Wissenschaftsrat der Sicherheitsrates gehören, unterstützten die Position der Regierung und versuchten, die Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung im Sinne der „Strategie“ zu beeinflussen. Gleichwohl äußerten auch sie Kritik: „Es fehlt eine detaillierte Gefahrenanalyse. Was in dem Dokument steht, ist nur die Beschreibung banaler Sachverhalte“, meinte der stellvertretende Direktor des renommierten Instituts für USA- und Kanada-Studien an der Russischen Akademie der Wissenschaften, Generalmajor Professor Pavel Zolotarev.<sup>28</sup>

26 | „Russland kämpft. Gesetz und Kommission gegen Geschichtsfälscher“, in: *Osteuropa*, Nr. 7/8, 2009, S. 273f.

27 | Ivan Rodin, „Duma v poiskach kulaka“ (Die Duma auf der Suche nach einer Faust), in: *Nezavisimaja Gazeta*, 15.04.2009; Svetlana Chod'ko, „Rossija v poiskach obraza“ (Russland sucht sein Image), in: *Ibid.*, 17.06.2009.

28 | NVO, Moskau, 23.04.2009.

Noch deutlicher fiel die Kritik von Teilen der Hauptstadt-  
 presse aus. „Die Autoren der Strategie haben sich von sozialwirt-  
 schaftlicher Fantasie treiben lassen und dabei die Krise kaum  
 bemerkt“, notierte der stellvertretende Chefredakteur der  
 Moskauer Zeitung *Nezavisimaja gazeta*, Vadim Solowjow.  
 „Die Strategie ist neu – die Ansichten veraltet“. Besonders  
 kritisierte er die Versuche der „Strategie“, das alte Denken in  
 Feindbildern im Volk neu zu verankern. Dabei gebe es die  
 „angebliche militärische Gefährdung Russlands“ nicht. Das  
 Fazit Solowjows lautet denn auch: Anstatt Zeit für die Anfer-  
 tigung einer neuen Strategie zu verschwenden, hätte man  
 besser gleich die alte beibehalten sollen. Ironisch fügte er  
 hinzu: Laut „Strategie“ sei Russland schließlich nach wie vor  
 von Feinden umzingelt, sie würden halt nur immer aggressi-  
 ver.<sup>29</sup>

**„Eine öffentliche Debatte über die  
 Strategie des Landes fand nicht statt“.  
 „Die Strategie“ trage einen „deklara-  
 torischen und propagandistischen  
 Charakter“ und sei eine „Mischung  
 aus psychologischen Komplexen, Lü-  
 gen und Selbstbetrug“.**

Und der Militärexperte Alexander Chramtschi-  
 chin vom Institut für politische und militärische  
 Analysen kritisierte: „Eine öffentliche Debatte  
 über die Strategie des Landes fand nicht statt“.  
 „Die Strategie“ trage einen „deklaratorischen  
 und propagandistischen Charakter“ und sei  
 eine „Mischung aus psychologischen Komple-  
 xen, Lügen und Selbstbetrug“. Chramtschichin stellt zu Recht  
 die Frage: Welche Gefahren drohen Russland von der NATO  
 und den USA? Worauf gründet die Konfrontation, wenn Russ-  
 land keine ideologischen Feinde mehr hat?<sup>30</sup>

Ungeachtet aller berechtigten Einwände sollten die Kritiker  
 der „Strategie“ nicht vergessen, dass Russland kein Mitglied  
 der NATO ist. Angesichts einer Welt, in der das Konfliktpo-  
 tenzial eher zunimmt, bleiben starke Streitkräfte vonnöten,  
 um die Landesverteidigung sicherzustellen, die nationalen In-  
 teressen zu wahren und potenzielle Angreifer abzuschrecken.  
 Konkreter als die „Strategie“ kann die russische Militärdoktrin  
 die Bedrohungen benennen und Reaktionsmöglichkeiten auf-  
 zeigen.

29 | *Nezavisimaja Gazeta*, 14.05.2009 und 21.05.2009.

30 | Alexander Chramčichin, „Sovbez ozabotilsja nacional'noj bezopasnost'ju“ (Der Sicherheitsrat sorgt sich um die nationale Sicherheit), in: NVO, 15.01.2009; ders., „Smes' iz kompleksov samoobmana i obmana“ (Eine Mischung aus Komplexen, Lügen und Selbstbetrug), in: NVO, 28.05.2009.

Einem ersten politischen Test wurde die „Strategie“ während des Besuchs von US-Präsident Barack Obama in Russland im Juli 2009 unterzogen.

### **OBAMA-OPTIMISMUS IN RUSSLAND**

Auch wenn der US-Präsident in Moskau keine „Obama-Manie“ ausgelöst habe, schrieb die Moskauer Tageszeitung *Izvestija*, das Land habe dennoch etwas vom „Obama-Optimismus“ gespürt. Durchweg bewerteten die russischen Medien und Politiker den Neuanfang in den russisch-amerikanischen Beziehungen positiv. Allerdings wurden Obamas Abrüstungsvorschläge unterschiedlich kommentiert. Während einige Politiker und Sicherheitsexperten erklärten, die USA würden auf ihre Raketenabwehrpläne in Osteuropa verzichten, ließen andere durchblicken, Russland müsse wohl die Raketenabwehrsysteme in Kauf nehmen, da „die Amerikaner heute die Stärkeren sind“.<sup>31</sup>

In Osteuropa wird die russisch-amerikanische Annäherung besorgt verfolgt: Frühere Staats- und Regierungschefs forderten die Obama-Administration auf, dem Kreml keine falschen Zugeständnisse zu machen, sondern hart aufzutreten und an den Raketenabwehrplänen festzuhalten.<sup>32</sup> Offensichtlich passte es ihnen nicht, dass Präsident Obama weder an einer Dämonisierung noch Isolierung Russlands Interesse zeigte. Ziel der USA sei es, Russland einzubeziehen und die Weltprobleme gemeinsam zu lösen, versicherte Obamas Russland-Berater Strobe Talbott. Es gehe darum, „die kooperativen Kräfte“ zu ermutigen, „statt die negativen abzuschrecken“.<sup>33</sup>

Während des Moskau-Besuches unterzeichneten Russland und die USA Verträge, die die militärische Zusammenarbeit betreffen: Im Einzelnen ging es um den Transit amerikanischer Militärgüter über russisches Gebiet und die Genehmigung, auf dem Weg nach Afghanistan den russischen Luftraum zu benutzen. Ein Jahr nach dem Krieg in Georgien vereinbarten Obama und Medwedew zudem „eine vollständige militärische Zusammenarbeit“, wunderten sich sogar die Rus-

31 | *Izvestija*, Moskau, 08.07.2009; *Moskovskij Komsomolec*, 08.07.2009.

32 | Open Letter to the Obama Administration from Central and Eastern Europe. In: <http://wyborcza.pl/1,76842,6825987>.

33 | Strobe Talbotte, „Wider die Kälte“, in: *Die Welt*, 08.05.2009.

sen. Schließlich beziehen sie ihre Informationen vor allem aus dem anti-amerikanischen Staatsfernsehen.

Zu den wichtigsten Dokumenten gehört die Absichtserklärung der beiden Präsidenten über nukleare Abrüstung. Da am 5. Dezember 2009 der START-1-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty) über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen ausläuft, gaben sie eine Erklärung zur Fortführung des Vertrages ab. Danach sollen beide Seiten jeweils zwischen 1675 und 1500 strategische nukleare Gefechtsköpfe und zwischen 1100 und 500 Trägersysteme behalten dürfen. Russland konnte zudem eine Verbindung zwischen den strategischen Verteidigungs- und Offensivwaffen fixieren. Auf diese Weise glaubt Moskau, bei den späteren Abrüstungsverhandlungen auch die US-Raketenabwehrsysteme einbeziehen zu können.<sup>34</sup>

**Beide Seiten sollten jeweils zwischen 1675 und 1500 strategische nukleare Gefechtsköpfe und zwischen 1100 und 500 Trägersysteme behalten dürfen.**

Nach Ansicht von Professor Pavel Zolotarew sind ein russisch-amerikanischer Abrüstungsvertrag und eine enge Zusammenarbeit unerlässlich. „Das Wichtigste ist: beide Präsidenten haben betont, dass die nukleare Abrüstung vorangetrieben werden muss“. Objektiv gesehen sei die Verbreitung der Raketentechnologien nicht mehr zu vermeiden, fügte Zolotarew hinzu. In der globalisierten Welt versuche jeder Staat, Satelliten ins All zu transportieren. Dazu benötige er Raketentechnologien. Nicht vermieden werden könne auch die Nutzung der Kernenergie, dazu zwingen die Staaten schon die Energieknappheit. Der Schritt zur Entwicklung von Atomwaffen sei klein. „Diesen Prozess zu stoppen hängt auch von der Politik Russlands und der USA ab“, unterstrich der Experte.

Zolotarew kennt die Hintergründe der russisch-amerikanischen Verhandlungen: Zuerst wollten die USA bis auf 1000 Nuklearsprengköpfe abrüsten; in der Absichtserklärung werden jetzt 1500 erwähnt, da die russische Seite ohne zusätzliche Garantien eine niedrigere Stufe der Bewaffnung nicht akzeptieren wollte. „Mit dieser Zahl Sprengköpfe wird Russland – egal welches globale Raketenabwehrsystem die Amerikaner bauen – die USA erreichen“, so dass das strategische Gleichgewicht erhalten bliebe. Eine niedrigere Zahl Nuklearsprengköpfe könne erst dann festgeschrieben werden, wenn weitere Verträge die globalen US-Raketenabwehrsysteme

34 | *Kommersant*, 07.07.2009.

einschließen. Im Zuge einer positiven Entwicklung der russisch-amerikanischen Beziehungen sei dies durchaus möglich, glaubt der Militärexperte.

Er hofft zudem, dass der neue Abrüstungsvertrag schon bald unterschriftsreif sein werde. Die Bedeutung der strategischen Waffen in den bilateralen Beziehungen sei aber letztlich zweitrangig. Entscheidend für Russlands Sicherheit sei der Erhalt der taktischen Nuklearwaffen. Denn sie schützten das Land vor anderen Bedrohungen: „Hier können wir nicht sagen, dass die Bedingungen schon reif sind, diese Waffenarsenale abzurüsten“.<sup>35</sup>

Russische Militäranalysen bewerten das Militärpotenzial Chinas als die Herausforderung für die künftige Landesverteidigung.

35 | Interview des Autors mit Generalmajor Professor Pavel Zolotarew am 16.06.2009.